



Geschäftsführung Rat

Frau Lange

Telefon: (0221) 221-22058

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.lange@stadt-koeln.de

Datum: 25.06.2018

Niederschrift

über die **38. Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem **03.05.2018**, 15:30 Uhr bis 20:35 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Akbayir, Hamide; Baentsch, Wolfram; Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph, Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Dr.; Kircher, Jürgen; Klausning, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus, Prof.; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin, Dr.; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen, Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; van Geffen, Jörg; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Klug, Gabriele C., Stadtkämmerin; Klein, Agnes, Beigeordnete Dr.; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Blome, Andrea, Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter, Dr.; Vogel, Alexander

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frebel, Polina; Gutzeit, Walter, Dr.; Karaman, Malik; Tritschler, Sven; Unna, Ralf, Dr.; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeisterin

Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin;

Bezirksbürgermeister

Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister; Pagano, Marco, Bezirksbürgermeister;

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

- I. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt als Stimmzählerinnen und Stimmzähler RM Dr. Krupp, RM Gräfin von Wengersky und RM Akbayir vor.

Der Rat ist damit einverstanden.

- II. Frau Oberbürgermeisterin Reker informiert, dass die Bürgerbewegung pro Köln sich am 15.04.2018 mit sofortiger Wirkung aufgelöst habe. Die Ratsmitglieder Markus Wiener und Judith Wolter seien seitdem parteilos und arbeiteten seit dem 16.04.2018 als „Ratsgruppe Rot-Weiß“ zusammen.
- III. Es liegt ein Antrag zur Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Handstreichartige Neustrukturierung der Stadtwerkegeschäftsführung und ihre Folgen“, AN/0665/20128, vor, der unter TOP 1.1 behandeln wird.

Frau Oberbürgermeisterin Reker informiert, dass die AfD-Fraktion mitgeteilt habe, dass sie am Vorabend einen Antrag auf eine Aktuelle Stunde nicht in Session einstellen konnte. Tatsächlich lag zu diesem Zeitpunkt eine Störung im Sitzungsmanagementprogramm Session vor.

Gem. § 5 Abs. 3 Satz 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen ist festgelegt, dass die Zustellung, für die der Antragsteller verantwortlich ist, auch per Fax oder Mail an das Büro der Oberbürgermeisterin sowie an die Fraktionen erfolgen kann. Eine Einstellung in Session hätte am nächsten Morgen nachgeholt werden können. Die fehlende Zustellung insbesondere an die anderen Fraktionen könne nach der Geschäftsordnung nicht geheilt werden. Sie geht zu Lasten des Antragstellers, so dass der Antrag auf aktuelle Stunde in der heutigen Sitzung nicht berücksichtigt werden kann.

IV. Die Verwaltung schlägt folgende Zu- und Absetzungen vor:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Antrag der FDP-Fraktion betr. "Handstreichartige Neustrukturierung der Stadtwerkegeschäftsführung und ihre Folgen"
AN/0665/2018

- 3.1.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP betr. "Weitere Varianten für die Ost-West-Achse"
AN/0697/2018

- 3.1.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, und der Gruppen BUNT und GUT betr. "Kölner innogy-Standort sichern –Arbeitsplätze in Köln erhalten!"
AN/0707/2018

- 4.8 Anfrage der AfD-Fraktion betr. "Einstellung von Ärzten aus Syrien und dem Nicht - EU Bereich an Kölner Kliniken"
AN/0656/2018

- 4.9 Anfrage der FDP-Fraktion betr. "Unterbringung von Flüchtlingen in Hotels"
AN/0645/2018

- 4.10 Anfrage der Gruppe BUNT betr. "Polizeiliche Videoüberwachung in Köln"
AN/0664/2018

- 10.14 Ausgleichsprogramm zur Erstattung gezahlter Geldbeträge wegen Tempoüberschreitungen auf der BAB 3, hier: Konzept zur Verwendung der nicht in Anspruch genommenen Mittel
0913/2018

- 17.3 Antrag der Gruppe BUNT betr. "Umbesetzung von Ausschüssen"
AN/0661/2018
- 17.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. "Nachbesetzung Zweckverbandsversammlung Sparkasse KölnBonn"
AN/0698/2018
- 17.5 Antrag der SPD-Fraktion betr. "Neubesetzung von Gremien"
AN/0711/2018
- 17.6 Antrag der CDU -Fraktion betr. "Nachwahl Bauausschuss/Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft"
AN/0710/2018

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

- 16.1 264. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0771/2018
- 17.2 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK): Entsendung eines Aufsichtsratsmitglieds
3730/2017

II. Nichtöffentlicher Teil

- 23.3 Ankauf eines Grundstücks in Köln-Poll zur Erweiterung der Förderschule 'Auf dem Sandberg'
3805/2017

- V. Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Dringlichkeit des Antrages unter **TOP 3.1.7 „Weitere Varianten Ost-West-Achse“ AN/0968/2018** abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., AfD und bei Stimmenthaltung der Gruppen Rot-Weiß und GUT **zugestimmt.**

- VI. Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Dringlichkeit des Antrages unter **TOP 3.1.8 „Kölner innogy-Standort sichern – Arbeitsplätze in Köln erhalten!“ AN/0707/2018** abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

- VII.** Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, **TOP 3.1.8 . "Kölner innogy-Standort sichern –Arbeitsplätze in Köln erhalten!"** (AN/0697/2018) vor TOP 3.1.1. zu behandeln
und
die Tagesordnungspunkte **3.1.4 „Bürgerbefragung Ost-West-Achse" AN/0591/2018, 3.1.6 "Kosten-Nutzen-Analyse zur Ost-West-Achse öffentlich machen" (AN/0619/2018 und AN/0703/2018), und 3.1 7 "Weitere Varianten für die Ost-West-Achse"** zusammen unter TOP 3.1.4 zu behandeln.
- VIII.** Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Der Rat legt die Tagesordnung demnach einstimmig wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 1.1 Antrag der FDP-Fraktion betr. "Handstreichartige Neustrukturierung der Stadtwerkegeschäftsführung und ihre Folgen"
AN/0665/2018

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

- 2.1 Schenkung von 151 Jain-Miniaturen aus der Sammlung von Dr. Konrad Seitz
0848/2018

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., der Gruppen BUNT und GUT betr. "Karl Marx im Stadtbild sichtbar machen"
AN/0620/2018
- 3.1.2 Antrag von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) betr. "Versagung der Entlastung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln eGmbH / RehaNova GmbH (kurz: KSK/KSK-Gruppe)"
AN/0596/2018
- 3.1.3 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen und Gruppe GUT betr. "Zukunft der Bastei am linken Rheinufer"
AN/0618/2018
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0696/2018
- 3.1.4 Antrag der Gruppe GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Bürgerbefragung Ost-West-Achse"
AN/0591/2018
- Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0712/2018
- 3.1.5 Antrag der Gruppe BUNT betreffend "Wo und was sind Angsträume? – Köln startet Aktionen zur Identifizierung von Angsträumen in Köln"
AN/0613/2018
- Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0687/2018
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0706/2018
- 3.1.6 Antrag der Gruppe GUT betr. "Kosten-Nutzen-Analyse zur Ost-West-Achse öffentlich machen"
AN/0619/2018

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT
AN/0703/2018

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP betr. "Weitere Varianten für die Ost-West-Achse"
AN/0697/2018

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, und der Gruppen BUNT und GUT betr. "Kölner innogy-Standort sichern –Arbeitsplätze in Köln erhalten!"
AN/0707/2018

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler;
Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau
2298/2017

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: "Baugenehmigungen und Baufertigstellungen 2017"
AN/0415/2018

Antwort der Verwaltung vom 02.05.2018
1399/2018

4.2 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend: "Transparenz von Beauftragungen externer Gutachten / Open Government"
AN/0418/2018

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Sicherheitsrisiken durch Personalmangel bei der Kölner Berufsfeuerwehr"
AN/0409/2018

Antwort der Verwaltung vom 03.05.2018
1356/2018

- 4.4 Anfrage AfD-Fraktion betreffend: "Möglicher Umgehungstatbestände bei der Registrierung von Viehelen im Zusammenhang mit der Aufnahme von muslimischen Flüchtlingsfamilien"
AN/0410/2018

Antwort der Verwaltung vom 30.04.2018
0858/2018

- 4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke. betr. "Kostensteigerungen bei Großprojekten"
AN/0574/2018

- 4.6 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Fragen zur Ost-West-Bahn – Einwohnerbeteiligung braucht vollständige Information!"
AN/0576/2018

Antwort der Verwaltung vom 03.05.2018
1319/2018

- 4.7 Anfrage von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Anbahnung, Kosten und Zukunft des Bonotel im Zuge der Umwandlung, Nutzung und späteren Verwertung als Flüchtlingsunterkunft"
AN/0601/2018

Antwort der Verwaltung vom 03.05.2018
1375/2018

- 4.8 Anfrage der AfD-Fraktion betr. "Einstellung von Ärzten aus Syrien und dem Nicht - EU Bereich an Kölner Kliniken"
AN/0656/2018

- 4.9 Anfrage der FDP-Fraktion betr. "Unterbringung von Flüchtlingen in Hotels"
AN/0645/2018

Antwort der Verwaltung vom 03.05.2018
1421/2018

4.10 Anfrage der Gruppe BUNT betr. "Polizeiliche Videoüberwachung in Köln"
AN/0664/2018

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 15. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
0885/2018

6.1.2 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht für das Gebiet 'Südliche Innenstadt/erweiterung/Parkstadt Süd' in Köln-Bayenthal/-Raderberg/-Zollstock/-Sülz nach § 25 Satz 1 Nr. 2 BauGB
0963/2018

6.1.3 Förmliche Festsetzung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs 'Deutzer Hafen'
0507/2018

- 6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches
- 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen
- 6.4 Sonstige städtische Regelungen
- 7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerner genehmigten Mehraufwendungen**
- 8 Überplanmäßige Aufwendungen**
- 9 Außerplanmäßige Aufwendungen**
- 10 Allgemeine Vorlagen**
 - 10.1 Übertragung des Eigentums an den Trainingsbeleuchtungsanlagen auf städtischen Sportanlagen an die RheinEnergie sowie Erweiterung des bestehenden Straßenbeleuchtungsvertrages vom 12.06.2015
3069/2017
 - 10.2 Modernisierung der Leitstelle der Feuerwehr Köln - Projekt „Leitstelle 2020“
Umsetzungsbeschluss Teil 1 - IT-Technik
0778/2018
 - 10.3 AchtBrücken GmbH
hier: Betriebskostenzuschuss für die Geschäftsjahre 2019-2021
0851/2018
 - 10.4 Gesellschafterdarlehen für das Objekt Kaufhof Kalk zugunsten der GAG AG
0701/2018
 - 10.5 Neubau des Kölnischen Stadtmuseums und des Studiengebäudes für das Römisch-Germanische Museum im Rahmen des Neubaus Historische Mitte

Hier: Erweiterter Planungsbeschluss auf der Basis der Weiterentwicklung des Wettbewerbsentwurfs des Büros Staab Architekten, erster Preisträger des Realisierungswettbewerbs
0353/2018

Antrag des Sachkundigen Einwohners Marcel Adolf aus dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales
AN/0648/2018

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0647/2018

10.6 Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens zum Weiterbetrieb der Deponie Vereinigte Ville
0865/2018

10.7 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs - Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2016 / 2017 der Stadt Köln
3458/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der Gruppen BUNT und GUT und von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1899/2017
(zurückgezogen)

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0708/2018
(zurückgezogen)

10.8 Offene Ganztagschule im Primarbereich ab dem Schuljahr 2018/2019
3611/2017

10.9 Wirtschaftsplan 2018 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
0559/2018

10.10 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018 hier: Netzwerktreffen für Schwarze Menschen und People of Color und Informationsabend mit der Initiative „In Gedenken an Oury Jalloh“
0582/2018

- 10.11 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018, hier: Abschlussveranstaltung zum Wettbewerb an Kölner Schulen und Jugendeinrichtungen „Dissen - mit mir nicht - Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung“
0946/2018
- 10.12 Beschluss über die Planung und Durchführung der Maßnahme "Umbau von zwei öffentlichen Platzflächen zu multifunktionalen Freiräumen mit Retentionsfunktion (Festwiese Eil und Leidenhausener Platz)" in Köln-Porz-Eil aus dem Programm "Starke Veedel – Starkes Köln" (Sozialraum Porz-Ost, Finkenbergl, Gremberghoven und Eil) in Kooperation mit den Stadtentwässerungsbetrieben hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Beauftragung der externen Planungsleistungen inkl. Umsetzung eines Workshops
0692/2018
- 10.13 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Jahresabschluss 2017; Ergebnisverwendung Wirtschaftsjahr 2017
0949/2018
- 10.14 Ausgleichsprogramm zur Erstattung gezahlter Geldbeträge wegen Tempoüberschreitungen auf der BAB 3, hier: Konzept zur Verwendung der nicht in Anspruch genommenen Mittel
0913/2018

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

**13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlini-
enplänen**

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 264. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0771/2018
(zurückgestellt)

17 Wahlen

17.1 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln
0682/2018

17.2 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK): Entsendung eines Aufsichtsratsmitglieds
3730/2017
(zurückgezogen)

17.3 Antrag der Gruppe BUNT betr. "Umbesetzung von Ausschüssen"
AN/0661/2018

17.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. "Nachbesetzung Zweckverbandsversammlung Sparkasse KölnBonn"
AN/0698/2018

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betr. "Neubesetzung von Gremien"
AN/0711/2018

17.6 Antrag der CDU -Fraktion betr. "Nachwahl Bauausschuss/Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft"
AN/0710/2018

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 KOMM-AN
0533/2018

19 -

II. Nichtöffentlicher Teil

20 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

23 Grundstücksangelegenheiten

23.1 Tankstellengrundstück Clevischer Ring / Düsseldorfer Str. in Köln Mülheim - Verlängerung der Laufzeit eines bestehenden Mietvertrages
0447/2018

23.2 Kapelle St. Maria Magdalena, Friedhof Melaten, Aachener Straße 204, 50931 Köln
3266/2017

23.3 Ankauf eines Grundstücks in Köln-Poll zur Erweiterung der Förderschule 'Auf dem Sandberg'
3805/2017
(zurückgezogen)

24 Allgemeine Vorlagen

24.1 Europaweite Ausschreibung des Betreibervertrages der Parkeinrichtung Lanxessarena
0864/2018

24.2 Bedarfsfeststellung und Durchführung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 25 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 22-
0538/2018

- 24.3 Bedarfsfeststellung und Durchführung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 27 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 1a-
0751/2018
- 24.4 Bedarfsfeststellungsbeschluss im Rahmen des erhöhten Risikomanagements der Stadt Köln in ihrer Funktion als fiktive Veranstalterin bei Großveranstaltungen und ähnlichen Anlässen mit großen Menschenansammlungen
0810/2018
- 24.5 Bedarfsfeststellung und Durchführung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Dienstleistungen „Dolmetscher“ für den allgemeinen Bedarf
0887/2018
- 24.6 Musical Dome Köln: Verlängerung des Gestattungsvertrages, 10. Änderungsvertrag
4041/2017

25 Wahlen

- 25.1 Wahl der Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Jugendschöffinnen/Jugendschöffen und Schöffinnen/Schöffen beim Amtsgericht Köln
0801/2018
- 25.2 Abberufung der stellvertretenden Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 104 Abs. 2 Gemeindeordnung (GO)
0886/2018
- 25.3 Bestellung des Stellvertretenden Leiters des Rechnungsprüfungsamtes zum Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 104 Abs. 2 Gemeindeordnung (GO) bzw. § 4 Abs. 1 Rechnungsprüfungsordnung
0821/2018

26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**1.1 Antrag der FDP-Fraktion betr. "Handstreichartige Neustrukturierung der Stadtwerkegeschäftsführung und ihre Folgen"
AN/0665/2018**

Beschluss:

Die Erörterung wird gemäß § 5 Abs. 10 c) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen mit dem Verweis in den zuständigen Fachausschuss - den Finanzausschuss - abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

**2.1 Schenkung von 151 Jain-Miniaturen aus der Sammlung von Dr. Konrad Seitz
0848/2018**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung von 151 Jain-Miniaturen durch Herrn Dr. Konrad Seitz an das Rautenstrauch-Joest-Museum mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., der Gruppen BUNT und GUT betr. "Karl Marx im Stadtbild sichtbar machen" AN/0620/2018

Beschluss:

Aus Anlass des 200. Geburtstag des großen und international bekannten und einflussreichen Philosophen, Ökonomen, Gesellschaftstheoretikers, politischen Journalisten und Flüchtlings Karl Marx am 05.05.2018 beschließt der Rat der Stadt Köln, Karl Marx in Köln dauerhaft sichtbar zu machen und dazu folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Die im Jahr 1983 vom Rat der Stadt Köln beschlossene und 1989 entwendete Gedenktafel an der Cäcilienstraße 37 (VHS) wird erneuert.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Entwicklung eines Konzepts, wie am geeignetsten im öffentlichen Raum an Karl Marx erinnert werden kann. Dabei sollen die wichtigsten Orte seines Lebens und Schaffens in Köln in den Jahren 1842 bis 1849 eine besondere Würdigung erfahren. Zudem soll hierzu ein Wettbewerb, z.B. in Form eines Einladungswettbewerbs, durchgeführt werden, in den der Kunstbeirat, Vertreter/innen der im Ausschuss Kunst und Kultur stimmberechtigten Ratsfraktionen, das Kölnische Stadtmuseum und der Landschaftsverband Rheinland (LVR) einbezogen werden sollen.
3. Das Konzept einschließlich eines Umsetzungsvorschlags ist in einem zeitlich vertretbaren Maße dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD, der Gruppe Rot-Weiß sowie RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

3.1.2 Antrag von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) betr. "Versagung der Entlastung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln eGmbH / RehaNova GmbH (kurz: KSK/KSK-Gruppe)" AN/0596/2018

Beschluss:

Die Freien Wähler Köln beantragen:

1. den sofortigen geschlossenen Rücktritt des Aufsichtsrats.
2. den Beschluss der Gesellschafterversammlung der Städtischen Kliniken Köln eGmbH, der Geschäftsführung sowie dem Aufsichtsrat die Entlastung zu verweigern.
3. den Beschluss der Gesellschafterversammlung, ggf. gegen die Geschäftsführung sowie die beteiligten leitenden Angestellten und des Aufsichtsrats rechtli-

che Schritte einzuleiten. Die Grundlage ist ein derzeit laufendes Rechtsgutachten.

4. weitere mögliche an der desaströsen Entwicklung beteiligte Personen und Unternehmen in Haftung zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, der Gruppe Rot-Weiß sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

3.1.3 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen und Gruppe GUT betr. "Zukunft der Bastei am linken Rheinufer" AN/0618/2018

I. Abstimmung über den mündlichen Verweisungsantrag der SPD-Fraktion:

Beschluss:

Der Antrages und der Änderungsantrag wird in den Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe BUNT **abgelehnt**.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

1. Der Rat spricht sich gegen einen Verkauf der Bastei auf dem freien Markt aus.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung ein Wertgutachten zu erstellen und zu prüfen, an welcher Stelle im „Konzern Stadt Köln“ die Bastei eigentums rechtlich am sinnvollsten abgebildet wird. Dabei kommen insbesondere folgende Vermögensträger in Betracht:
 - Koelnmesse GmbH,
 - Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln der Stadt Köln,
 - Haushalt der Stadt Köln (allgemeines Liegenschaftsvermögen).
3. Zugleich wird die Verwaltung beauftragt, zusammen mit der Koelnmesse GmbH sowie deren gemeinsamen Tochter KölnKongress GmbH ein Bewirtungskonzept zu erarbeiten.

- a) Dabei kommen operativ folgende Optionen in Betracht:
Bewirtschaftung durch die städtische Tochter KölnKongress GmbH;
Vergabe der Bewirtschaftung an einen Dritten, z.B. im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrags.
- b) Bei der Erarbeitung des Bewirtschaftungskonzepts ist der Ratsbeschluss vom 11.07.2011 zur Neugestaltung und Aufwertung der linksrheinischen Rheinuferpromenade zwischen und Hohenzollern- und Zoobrücke zu beachten. Primäres Ziel für die Bastei ist danach eine Öffnung des Gastronomiebetriebs in der Bastei für jedermann zu erreichen und am Fuß der Bastei eine Außengastronomie anzubieten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Baubestandsgutachten zu beauftragen, um den Instandsetzungs- und Sanierungsbedarf sowie eine Kostenschätzung in Hinsicht auf eine für die Öffentlichkeit zugängliche, rentierliche gastronomische Nutzung festzustellen. Denkmalrechtliche Vorgaben sind zu berücksichtigen.
5. Die Ergebnisse der Untersuchungen sind spätestens zum Ende des Jahres 2018 vorzulegen, um hieraus für den Rat eine Empfehlung abzuleiten. Der Rat stellt bereits jetzt fest, dass erforderliche Instandsetzungen und Sanierungen so umzusetzen sind, dass sie sowohl im qualitativen Einklang mit dem Ziel der Neugestaltung des linken Rheinufers als auch mit den technischen Anforderungen an eine Fuß- und Radwegbrücke auf Höhe der Bastei in den Rheinpark in Einklang stehen.
6. Unabhängig vom Vorgehen zur Bastei ist dem Stadtentwicklungsausschuss und der Bezirksvertretung 1 Innenstadt ein Sachstandsbericht zur Neugestaltung des linken Rheinufers mitzuteilen. Dem Sachstandsbericht ist ein Zeit-/Maßnahmenplan zum weiteren Vorgehen beizufügen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke und der Gruppe BUNT bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion **abgelehnt**.

III. Abstimmung über den Ursprungsantrag:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. die notwendigen Schritte gegenüber der Koelnmesse GmbH einzuleiten, um das denkmalgeschützte Gebäude „Bastei“ in das Eigentum der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Veranstaltungszentrum Köln“ zu überführen.
2. ein Baubestandsgutachten zu beauftragen, um den Instandsetzungs- und Sanierungsbedarf sowie eine Kostenschätzung in Hinsicht auf eine für die Öffentlichkeit zugängliche, rentierliche gastronomische Nutzung festzustellen.

len. Denkmalrechtliche Vorgaben sind zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Gruppe BUNT **zugestimmt**.

**3.1.4 Antrag der Gruppe GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Bürgerbefragung Ost-West-Achse"
AN/0591/2018**

**Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0712/2018**

Beschluss über den Antrag in der Fassung des Änderungsantrages:

Die Verwaltung wird beauftragt, darzustellen wie die Bürgerinnen und Bürger im Anschluss an das derzeit laufende öffentliche Beteiligungsverfahren zur „Verstärkung der Ost-West-Achse des Kölner Stadtbahnnetzes“ in eine Entscheidung eingebunden werden können, sofern der Rat dies beschließen würde. Dazu sind zu betrachten:

- Die Möglichkeit eines Ratsbürgerentscheids gemäß Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit der Satzung der Stadt Köln über die Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden,
- Die Möglichkeit einer Einwohnerbefragung ähnlich der Einwohnerbefragung zum Ausbau des Hafen Godorfs im Jahr 2011,
- Dabei ist auch die Frage des Zeitpunkts einer Bürger*innenentscheidung in Abhängigkeit von der Prüfung der in Diskussion stehenden Varianten zu prüfen,
- Die Erfahrungen mit erfolgten bzw. laufenden Beteiligungsverfahren, wie z.B. Mülheim Süd, Parkstadt Süd und Deutzer Hafen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion **zugestimmt**.

**3.1.5 Antrag der Gruppe BUNT betreffend "Wo und was sind Angsträume? – Köln startet Aktionen zur Identifizierung von Angsträumen in Köln"
AN/0613/2018**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0687/2018**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0706/2018**

Beschluss:

Die Anträge werden **in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**3.1.6 Antrag der Gruppe GUT betr. "Kosten-Nutzen-Analyse zur Ost-West-Achse öffentlich machen"
AN/0619/2018**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Ratsgruppe GUT
AN/0703/2018**

- I. Die SPD-Fraktion stellt folgenden **mündlichen Änderungsantrag** zu dem bereits vorliegenden Antrag:

Punkt 5. des ursprünglichen Antrages wird wie folgt geändert:

„Die Ergebnisse der zusätzlich beauftragten Varianten-Untersuchungen werden ebenfalls veröffentlicht. Auch für diese Alternativen werden die Planfeststellungsverfahren dargestellt und die zeitliche Abfolge der Planungs- und Bauphasen bis zur Fertigstellung erläutert.“

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Verwaltung auf die Kosten-Nutzen-Analyse zur Ost-West-Achse des Ingenieurbüros Spiekermann umgehend vollständig zu veröffentlichen.

1. Das Gutachten soll auf der Internetseite der Stadt Köln abrufbar sein.
2. Registrierten Nutzer*innen des Bürgerbeteiligungsverfahrens soll das Gutachten per email mit download-Link bekannt gemacht werden.
3. Das Gutachten soll auf einer Veranstaltung im Rahmen der Bürgerbeteiligung öffentlich vorgestellt werden.
4. Die Verwaltung erstellt eine auch für Laien allgemein-verständliche Zusammenfassung und veröffentlicht dieses ebenfalls.
5. *Die Ergebnisse der zusätzlich beauftragten Varianten-Untersuchungen werden ebenfalls veröffentlicht. Auch für diese Alternativen werden die Planfeststellungsverfahren dargestellt und die zeitliche Abfolge der Planungs- und Bauphasen bis zur Fertigstellung erläutert.*

Abstimmungsergebnis über den mündlich geänderten Änderungsantrag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, FDP und der Gruppe BUNT bei Stimmenthaltung von Oberbürgermeisterin Reker **abgelehnt**.

II. Antrag in der Fassung des Änderungsantrag der der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Ratsgruppe GUT

Beschluss:

Der vorliegende Antrag wird wie folgt ersetzt:

1. Folgende zusätzliche Fakten und Informationen werden im bereits gestarteten Bürgerbeteiligungsverfahren für den Ausbau der Ost-West-Achse und im Rahmen der weiteren Informations- und Kommunikationsaktivitäten zum Projekt erläuternd dargestellt:
 - Die Kosten-Nutzen-Analyse zu den einzelnen Varianten der Ost-West-Achse (siehe auch Ziffer 2),
 - Die Darstellung der Abläufe der notwendigen Planverfahren für die jeweiligen Varianten sowie der zeitlichen Abfolge der jeweils notwendigen Planungsphasen und des Baus bis zur Fertigstellung aufgrund von Erfahrungswerten mit Vorhaben ähnlicher Größenordnung.
2. Die bereits vorhandene Präsentation der Kosten-Nutzen-Analyse wird auf der Internetseite der Stadt Köln veröffentlicht, ergänzt mit textlichen Erläuterungen, die auch für Laien allgemein verständlich sind.
3. Die Kosten-Nutzen-Analyse, die Darstellung der Planfeststellungsverfahren und der zeitlichen Abfolge der jeweils notwendigen Planungsphasen und des Baus bis zur Fertigstellung werden auf einer Veranstaltung im Rahmen der Bürgerbeteiligung vorgestellt und erläutert.
4. Registrierten Nutzer*innen des Bürgerbeteiligungsverfahrens werden per E-Mail darüber informiert.
5. Die Ergebnisse der zusätzlich beauftragten Varianten-Untersuchungen werden ebenfalls mit den unter Ziffer 1 genannten Informationen veröffentlicht.

Abstimmungsergebnis – in der Fassung des Änderungsantrages von CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe GUT:

Einstimmig **zugestimmt**.

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP betr. "Weitere Varianten für die Ost-West-Achse" AN/0697/2018

I. Herr Bürgermeister Wolter beantragt folgende mündliche Änderung:

1. Punkt 3 ergänzt im letzten Satz um die Formulierung:
Aufwertung der öffentlichen Räume
2. Der letzte Satz des vorletzten Absatzes soll wie folgt ergänzt werden:

Finanzielle Auswirkungen für die Stadt Köln sind unter Berücksichtigung der Möglichkeit einer Drittmittelförderung und der Höhe des Kosten-Nutzen-Indikators für die jeweiligen Varianten darzustellen.

Abstimmung in der mündlich von Bürgermeister Wolter geänderten Form:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, der Ratsgruppe Rot-Weiß und Herrn Wortmann **zugestimmt**.

II. Abstimmung über den geänderten Antrag:

Beschluss:

Zusätzlich zu den fünf vorgelegten Varianten für eine künftige Führung des Stadtbahnverkehrs auf der Ost-West-Achse werden Verwaltung und KVB aufgefordert, bis zum September 2018 folgende Varianten auf ihre technische Machbarkeit, ihren Verkehrswert und volkswirtschaftlichen Nutzen hin untersuchen zu lassen:

1. „Zwei-Ebenen-Lösung in zwei Schritten“ (Vorschlag SPD-Fraktion): Erster Schritt: Schnellstmöglicher oberirdischer Ausbau mit Verlängerung der Haltestellen auf der Ost-West-Achse zum Einsatz von Langzügen. Zweiter Schritt: Unterirdische Führung von zwei Linien Weiden - Bensberg und Frechen - Königsforst vom Aachener Weiher bis zum Deutzer Bahnhof mit den U-Bahn-Stationen Moltkestraße, Rudolfplatz, Neumarkt (zweigleisig), Heumarkt und Deutzer Freiheit sowie parallel oberirdische Führung einer Linie Sülz - Zündorf über die Deutzer Brücke und ab dem Neumarkt auf der oberirdischen Strecke der bisherigen Linie 9.
2. „Optimierte Ost-West-U-Bahn“ (Vorschlag CDU-Fraktion): Unterirdische Führung der Linien Weiden - Bensberg und Frechen - Zündorf vom Eisenbahnring bzw. der Linie Sülz - Königsforst vom Mauritiussteinweg bis zum Heumarkt mit optional einer oberirdischen Haltestelle in Höhe der Schmalbeinstraße oder einer U-Bahn-Station Moltkestraße sowie den U-Bahn-Stationen Rudolfplatz, Neumarkt (dreigleisig) und Heumarkt.
3. „Stärkung des Radverkehrs und des Fußverkehrs durch Reduzierung des motorisierten Individualverkehr (Vorschlag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)“: Der motorisierte Individualverkehr soll auf der Ost-West-Achse durch folgende Maßnahmen geändert werden: Abbinden der Verkehre an der Deutzer Brücke und Führung durch die Bäche. Dazu sind die Erfahrungen aus der jüngsten Sperrung der Pipinstraße im Rahmen des Baus der Haltestelle Heumarkt zu berücksichtigen; Unterbinden der Durchgangsverkehr am Neumarkt; Unterbinden der Durchgangsverkehre an der Aachener Straße, *Aufwertung der öffentlichen Räume*.
4. „U-Bahn bis Lindenthal“ (Vorschlag FDP-Fraktion): Unterirdische Führung der Linie Sülz - Königsforst vom Mauritiussteinweg, der Linie Weiden - Bensberg von Melaten und der Linie Frechen - Zündorf vom Gürtel unter der Dürener Straße mit U-Bahn-Stationen in Höhe des Gürtels, der Kloster-, Herbert-Lewin-Straße jeweils bis zum Heumarkt mit den U-Bahn-Stationen Moltkestraße, Rudolfplatz, Neumarkt (dreigleisig) und Heumarkt.

Alle Varianten sind bezüglich der Haltestellenarchitektur und -bauweise nach „Düsseldorfer Standard“ zu berechnen. Die Verwaltung wird aufgefordert, be-

lastbar darzulegen, ob hierdurch Kosten eingespart werden können.

Die Verwaltung wird beauftragt, bei den Zuschussgebern des Landes und des Bundes verbindliche Auskunft einzuholen, inwieweit die Zuschussgeber bereit sind, die Förderbedingungen in absehbarer Zeit zu ändern, um eine der hier aufgeführten Varianten auch beim Verfehlen der aktuellen Bedingungen zur Förderfähigkeit zu bringen bzw. ob eine Finanzierung über Drittmittel anderweitig darstellbar ist. Dabei soll auch verbindlich geklärt werden, inwieweit eine „Mischfinanzierung“ ermöglicht werden kann, bei der z.B. die Unterquerung des Grüngürtels oder des Rheins mit einer weiteren Fördermöglichkeit finanziert würde.

Finanzielle Auswirkungen für die Stadt Köln sind unter Berücksichtigung der Möglichkeit einer Drittmittelförderung *und der Höhe des Kosten-Nutzen-Indikators* für die jeweiligen Varianten darzustellen.

II. Abstimmungsergebnis über den mündlich geänderten Antrag ohne Punkt 3:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion **zugestimmt**.

III. Gesamtabstimmung über den mündlich geänderten Antrag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der AfD-Fraktion, der Gruppe GUT, BUNT und Rot-Weiß sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, und der Gruppen BUNT und GUT betr. "Kölner innogy-Standort sichern –Arbeitsplätze in Köln erhalten!" AN/0707/2018

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln spricht sich ausdrücklich für einen Erhalt des Kölner innogy-Standortes aus.
2. Er appelliert an die Verantwortlichen der beteiligten Konzerne RWE, EON und innogy selbst, im Zuge der anstehenden Neuordnung der Unternehmensstrukturen auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten und die Wahrung der Interessen der Beschäftigten sicherzustellen.
3. Die Verwaltung mit der Oberbürgermeisterin an der Spitze wird gebeten, in diesem Sinne Gespräche mit den Verantwortlichen aufzunehmen und sich für eine Sicherung des Standortes Köln einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler; Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau 2298/2017

Beschluss:

Der Rat lehnt die Empfehlung der Bezirksvertretung Chorweiler, die Verwaltung mit der Einleitung der notwendigen Planungsverfahren zu den Flächen

- Mercatorstraße/ Dresenhof Weg (Flächenpass 6.14)
- Am Kutzpfdchen (Flächenpass 6.15)
- Arrondierung westlich Fühligen (Flächenpass 6.16)
- Thujaweg (Flächenpass 6.17)
- Kuhlenweg/ Langelier Damm (Flächenpass 6.21)

zu beauftragen, ab.

Der Empfehlung zu den Flächen

- Westliches Blumenberg (Flächenpass 6.23)
- Östliches Blumenberg (Flächenpass 6.24).

wird mit der Maßgabe aus dem Ratsbeschluss vom 20.12.2016 zugestimmt, dass vor weiteren Planungsüberlegungen Voruntersuchungen (in Verbindung mit der Fläche „Im Kreuzfeld“) durchgeführt werden.

Der Beschlussvorschlag wird gemäß des Änderungsantrages der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP folgendermaßen ergänzt:

Der Rat dankt der Bezirksvertretung Chorweiler für die eingebrachten Vorschläge und beauftragt die Verwaltung:

- *zu prüfen, ob eine (südliche) Erweiterung der Fläche südlich "Am Kutzpfdchen" eine Hinterlandbebauung ermöglicht (Flächenpass 6.15).*
- *einen Sachstandsbericht zur ursprünglich geplanten Maßnahme "Wohnen am Strom" für das Grundstück "Langelier Damm" vorzulegen und ggf. Anpassungsoptionen für eine Umsetzung der Maßnahme aufzuzeigen (Flächenpass 6.21)*
- *zu prüfen, ob eine Veränderung der Fläche sowie Erweiterung um eine Fläche zwischen Kuhlenweg und Alte Römerstraße bis zum Festplatz eine Bebauung ermöglicht (Flächenpass 6.21).*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt.**

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: "Baugenehmigungen und Baufertigstellungen 2017"
AN/0415/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 02.05.2018
1399/2018**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Die Nachfragen von Herrn Frenzel werden schriftlich beantwortet und dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales zur Kenntnis gegeben.

**4.2 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend: "Transparenz von Beauftragungen externer Gutachten / Open Government"
AN/0418/2018**

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung am 07.06.2018 zurückgestellt.

**4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Sicherheitsrisiken durch Personalmangel bei der Kölner Berufsfeuerwehr"
AN/0409/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 03.05.2018
1356/2018**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

**4.4 Anfrage AfD-Fraktion betreffend: "Möglicher Umgehungstatbestände bei der Registrierung von Viehlen im Zusammenhang mit der Aufnahme von moslemischen Flüchtlingsfamilien"
AN/0410/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 30.04.2018
0858/2018**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

- 4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke. betr. "Kostensteigerungen bei Großprojekten"
AN/0574/2018**

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung am 07.06.2018 zurückgestellt.

- 4.6 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Fragen zur Ost-West-Bahn – Einwohnerbeteiligung braucht vollständige Information!"
AN/0576/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 03.05.2018
1319/2018**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.
Frau BG Blome beantwortet Nachfragen von Herrn Weisenstein.

- 4.7 Anfrage von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Anbahnung, Kosten und Zukunft des Bonotel im Zuge der Umwandlung, Nutzung und späteren Verwertung als Flüchtlingsunterkunft"
AN/0601/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 03.05.2018
1375/2018**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

- 4.8 Anfrage der AfD-Fraktion betr. "Einstellung von Ärzten aus Syrien und dem Nicht - EU Bereich an Kölner Kliniken"
AN/0656/2018**

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung am 07.06.2018 zurückgestellt.

- 4.9 Anfrage der FDP-Fraktion betr. "Unterbringung von Flüchtlingen in Hotels"
AN/0645/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 03.05.2018
1421/2018**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

**4.10 Anfrage der Gruppe BUNT betr. "Polizeiliche Videoüberwachung in Köln"
AN/0664/2018**

Herr Stadtdirektor Dr. Keller beantwortet die Anfrage mündlich.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

**6.1.1 15. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
0885/2018**

Beschluss:

Der Rat beschließt die 15. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**6.1.2 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht für das Gebiet 'Südliche Innenstadtweiterung/Parkstadt Süd' in Köln-Bayenthal/-Raderberg/-Zollstock/-Sülz nach § 25 Satz 1 Nr. 2 BauGB
0963/2018**

Beschluss:

Der Rat beschließt zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für das Gebiet 'Südliche Innenstadtweiterung/Parkstadt Süd' die als Anlage 1 beigefügte Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**6.1.3 Förmliche Festsetzung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs
'Deutzer Hafen'
0507/2018**

**Beschluss (in der Fassung des Stadtentwicklungsausschusses vom
26.04.2018):**

1. Der Rat nimmt die vorbereitenden Untersuchungen nach § 165 Absatz 4 des Baugesetzbuchs (BauGB) für das Gebiet 'Deutzer Hafen' (Anlage 3) zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt für das in Anlage 1 dargestellte Gebiet in Köln-Deutz die Satzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs 'Deutzer Hafen' nach § 165 Absatz 6 des BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634).

Das von dem Entwicklungsbereich betroffene Gebiet ist in Anlage 1 nach Flurstücken abgegrenzt und in einem Lageplan dargestellt. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Satzungsbeschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Übertragung des Eigentums an den Trainingsbeleuchtungsanlagen auf städtischen Sportanlagen an die RheinEnergie sowie Erweiterung des bestehenden Straßenbeleuchtungsvertrages vom 12.06.2015
3069/2017**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Übertragung des Eigentums an den Trainingsbeleuchtungsanlagen auf städtischen Sportanlagen an die RheinEnergie sowie die Aufnahme der Trainingsbeleuchtungsanlagen in den bestehenden Straßenbeleuchtungsvertrag mit der RheinEnergie vom 12.06.2015. Der Restbuchwert in Höhe von ca. 2 Mio. € wird aufwandswirksam auf die Laufzeit von 20 Jahren (d.h., ca. 100.000 €/Jahr) aufgeteilt. Im Gegenzug verringern sich die in Rechnung gestellten Nettoaufwendungen für die Instandhaltung für 20 Jahre um gleichfalls ca. 100.000 €/Jahr. Dieser Preisnachlass wird in dem mit der RheinEnergie abzuschließenden Vertrag festgeschrieben. Die Aufwendungen für die Instandhaltung der Anlagen betragen demnach voraussichtlich ca. 223.000 € brutto im Jahr 2018 bzw. durchschnittlich jährlich 351.000 € brutto in den Jahren 2019 bis 2021.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.2 Modernisierung der Leitstelle der Feuerwehr Köln - Projekt „Leitstelle 2020“
Umsetzungsbeschluss Teil 1 - IT-Technik
0778/2018**

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Neubeschaffung eines Einsatzleitsystems, die Neubeschaffung eines Kommunikationssystems, die Modernisierung des Alarmierungssystems und die Beschaffung der erforderlichen IT-Plattform für die Leitstelle der Feuerwehr Köln mit investiven Kosten i.H.v. 10.578.699 € (brutto incl. Fachplanung) und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der IT-Maßnahmen.
2. Die Finanzierung der investiven Mittel und der sich aus den Investitionen ergebenden Abschreibungen sowie der Aufwendungen für Wartung/Support und Schulungen erfolgt aus bereits veranschlagten Mitteln im Teilfinanz-, bzw. Teilergebnisplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst.
3. Der Rat beschließt die Freigabe der für die Planung und Umsetzung der IT-Maßnahmen notwendigen Mittel in Höhe von 10.578.699 € im Teilfinanzplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Finanzstelle 3701-0212-0-0700 Leitstellenrechner, Haushaltsjahr 2018.
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Planungen für die erforderlichen baulichen Maßnahmen noch nicht abgeschlossen sind. Hierzu legt die Verwaltung einen weiteren Umsetzungsbeschluss (Teil 2 - Gebäude) mit einer Gesamtdarstellung der finanziellen Auswirkungen vor. Die Umsetzung der Gesamtmaßnahme im Kostenrahmen des Planungsbeschlusses (DS-Nr. 3382/2016) wird angestrebt.
5. Unter dem Vorbehalt des Einvernehmens mit den Kostenträgern im Rettungsdienst (gesetzliche Krankenkassen) werden 60% der entstehenden Aufwendungen für bilanzielle Abschreibungen sowie die Aufwendungen für Wartung/Support und Schulungen über Rettungsdienstgebühren im bodengebundenen Rettungsdienst und in der Luftrettung refinanziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.3 AchtBrücken GmbH

**hier: Betriebskostenzuschuss für die Geschäftsjahre 2019-2021
0851/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, der AchtBrücken GmbH zur Durchführung des Musikfestivals „ACHTBRÜCKEN Musik für Köln“ in den Jahren 2019-2021 einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 450.000 Euro p.a. zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.4 Gesellschafterdarlehen für das Objekt Kaufhof Kalk zugunsten der GAG AG 0701/2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich damit einverstanden, dass

die Stadt Köln ein Darlehen, das der Finanzierung des Großprojektes „Kaufhof Kalk“ der GAG Immobilien AG dient, bis zu einer Gesamthöhe von 37.731.721 € gewährt. Für das Darlehen wird ein marktübliches Entgelt gezahlt. Die beihilfenrechtliche Zulässigkeit des Darlehens - insbesondere die Gewährung zu 100% des Finanzierungsbedarfes- sowie die Höhe des Darlehenszinses ist vor Gewährung durch ein externes Gutachten zu belegen.

Falls der Gewährung eines Gesellschafterdarlehens rechtliche Gründe entgegenstehen oder sich als unwirtschaftlich erweisen sollte, wird die Stadt Köln eine selbstschuldnerische, modifizierte Ausfallbürgschaft für Darlehen, die der Finanzierung des Großprojektes „Kaufhof Kalk“ der GAG Immobilien AG dienen, bis zu einer Gesamthöhe von 37.731.721 € übernehmen. Für die Ausfallbürgschaft wird ein marktübliches Entgelt gezahlt. Die Bürgschaft darf grundsätzlich höchstens 80% des ausstehenden Kreditbetrags oder der sonstigen ausstehenden finanziellen Verpflichtung zuzüglich etwaiger Nebenkosten (z.B. Zinsen) in Höhe von maximal 25 % des Gesamtkreditvolumens abdecken.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.5 Neubau des Kölnischen Stadtmuseums und des Studiengebäudes für das Römisch-Germanische Museum im Rahmen des Neubaus Historische Mitte

**Hier: Erweiterter Planungsbeschluss auf der Basis der Weiterentwicklung des Wettbewerbsentwurfs des Büros Staab Architekten, erster Preisträger des Realisierungswettbewerbs
0353/2018**

10.5 Neubau des Kölnischen Stadtmuseums und des Studiengebäudes für das Römisch-Germanische Museum im Rahmen des Neubaus Historische Mitte

**Hier: Erweiterter Planungsbeschluss auf der Basis der Weiterentwicklung des Wettbewerbsentwurfs des Büros Staab Architekten, erster Preisträger des Realisierungswettbewerbs
0353/2018**

**Antrag des Sachkundigen Einwohners Marcel Adolf aus dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales
AN/0648/2018**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0647/2018**

I. Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Beschluss zu Ziffer 1:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Sanierung und Erweiterung des Kölnischen Stadtmuseums am bisherigen Ort zu planen. Dabei soll in zwei Schritten geplant werden. Zunächst soll auf dem zu diesem Zweck erworbenen Grundstück des bisherigen Parkplatzes der Bezirksregierung ein Neubau errichtet werden. Dieser wird dann mit der parallel sanierten Alten Wache für das Museum in Betrieb genommen. Erst dann wird in einem zweiten Schritt das Zeughaus saniert. Ziel dieser Zweischrittigkeit soll einerseits die Entzerrung des Bauvorhabens sein, andererseits soll ein aufwändiges Interim vermieden werden.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 1:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke, FDP, AfD, der Gruppe Rot-Weiß, sowie von Herrn Wortmann **abgelehnt**.

Beschluss zu Ziffer 2:

2. Das Verwaltungsgebäude des Römisch-Germanischen Museums wird abgerissen. Auf dem freigestellten Grundstück und dem Grundstück der Hohen Domkirche soll durch diese ein Neubau entstehen, in dem neben ihrem geplanten Raumbedarf und dem des Römisch-Germanischen Museums ein Kölner Dom-Museum entsteht. Hierzu sollen die Pläne von Staab-Architekten als Grundlage dienen. Ziel soll allerdings eine Überarbeitung sein, die das Gebäudevolumen zum Kurt-Hackenbergs-Platz reduziert. Der städtische Anteil des Gesamtgrundstückes wird der Hohen Domkirche in geeigneter Form zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 2:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Abstimmung über den Gesamtantrag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Ratsgruppe Rot-Weiß bei Stimmenthaltung der Fraktion die Linke und Herrn Wortmann **abgelehnt**.

II. Vorlage in der Fassung des Ausschusses für Kunst und Kultur vom 03.05.2018 (beinhaltet den Antrag des Sachkundigen Einwohners Marcel Adolf (wie Anlage 17))

Beschluss:

1. Die barrierefreie Erschließung der östlichen Domumgebung im Bereich des Kurt-Hackenbergs-Platz und des Roncalli-Platz mit dem Ziel einer 24 H / 7 Tage Zugänglichkeit und Nutzbarkeit für die Öffentlichkeit unabhängig von der Umsetzung des Projekts ‚Historische Mitte‘

2. Die Aufnahme der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in die Beratungsfolge zur obigen Vorlage.
3. Die Erweiterung des Planungsauftrags zur Gestaltung der östlichen Domumgebung unabhängig von einer Realisierung des Projekts ‚Historische Mitte‘ um die Anforderung einer 24 h / 7 Tage zugänglichen barrierefreien Lösung ohne Angsträume zur Überwindung des Höhenunterschieds im Bereich des Kurt-Hackenbergs-Platz zum Niveau der Domplatte
4. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Entwicklung des neuen Ausstellungskonzeptes für das Kölnische Stadtmuseum ein Wettbewerbsverfahren vorzubereiten. Das Konzept über das Wettbewerbsverfahren ist den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.
5. Der Punkt A.III Nachnutzungskonzept Zeughaus und Alte Wache, Abs. 4, (S. 5) wird ersatzlos gestrichen („Sofern eine Folgenutzung [...] Bestellung eines Erbbaurechts.“).
6. Punkt A.X: Die Verwaltung berichtet über das Vorhaben und seine weitere Entwicklung periodisch im Ausschuss Kunst und Kultur, Stadtentwicklungsausschuss und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke, FDP und AfD, sowie Gruppe Rot-Weiß, bei Stimmenthaltung von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

**10.6 Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens zum Weiterbetrieb der Deponie Vereinigte Ville
0865/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens zur Einrichtung eines neuen Deponieabschnittes und zum Weiterbetrieb der Deponie Vereinigte Ville durch die AVG Köln mbH zu. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, mit der AVG eine Änderung des derzeit geltenden Betriebsführungsvertrages zu verhandeln. Dabei sind folgende Rahmenbedingungen und Zielstellungen zu beachten:

- Für den neuen Deponieabschnitt müssen Einrichtung, Betrieb und Stilllegung vollständig durch Ablagerungsentgelte finanziert werden.
- Darüber hinaus sollen durch die Ablagerungsentgelte für den neuen Deponieabschnitt auch weitere Deckungsbeiträge zur Finanzierung der Teilstilllegung der Altdeponie erwirtschaftet werden.
- Die Dauer des Betriebsführungsvertrags wird bis zum Beginn der Nachsorgephase für den neuen Deponieabschnitt unter Beibehaltung der bisher geltenden Rahmenbedingungen (z.B. Laufzeiten, Kündigungsfristen) verlängert.

Die Änderung des Betriebsführungsvertrages bedarf der Zustimmung durch den Rat der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.7 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs - Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2016 / 2017 der Stadt Köln
3458/2017**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der Gruppen BUNT und GUT und von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1899/2017**

**Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0708/2018**

Beschluss:

Der Rat nimmt eine Kostenerhöhung für die nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung (Los 1, Los 2 + 3, Los 4a + 4b und Los 5) in Höhe von insgesamt 6.730.250 EUR brutto zur Kenntnis. Die Gesamtkosten für die nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung belaufen sich nunmehr auf 17.231.200 EUR brutto statt 10.500.950 EUR brutto.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der Gruppe GUT **zugestimmt**.

Anmerkung:

Die beiden Änderungsanträge sind von den Antragstellern zurückgezogen worden.

**10.8 Offene Ganztagschule im Primarbereich ab dem Schuljahr 2018/2019
3611/2017**

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den ermittelten Bedarf von 30.500 OGS-Plätzen ab dem Schuljahr 2018/2019 zur Kenntnis.
2. Er beauftragt die Verwaltung, bis zum Schuljahr 2021/2022 einen weiteren Ausbau der OGS-Platzzahlen bis zu einer Gesamtzahl von 33.000 OGS-Plätzen entsprechend der jeweiligen Bedarfslage und vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse vorzunehmen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die mit dem Ausbau der OGS-Plätze verbundenen notwendigen zusätzlichen Stellen als Mehrstellen in der Verwaltungsvorlage zum Stellenplan 2019 mit aufzunehmen. Dies sind im Einzelnen 1,5 Stellen der Entgeltgruppe 5 TVöD-V in den Schulsekretariaten sowie in der Jugendverwaltung zusätzliche 2,65 Stellen der Besoldungsgruppe A 7 LBesG NRW (bzw. Entgeltgruppe 7 TVöD-V) zur Festsetzung der Elternbeiträge sowie 0,5 Stelle in der Besoldungsgruppe A 10 LBesG NRW als Teamleitung. Die Stellen werden sukzessive entsprechend der Einrichtung der OGS-Plätze durch die Verwaltung zur Besetzung frei gegeben.
Die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der Stellen werden im Rahmen der Hpl.-Aufstellung 2019ff. entsprechend der Inanspruchnahme der OGS-Plätze im Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben und Teilplan 0603 – Kindertagesbetreuung berücksichtigt und durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel finanziert.
4. Die erforderlichen Mittel für die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger werden im Rahmen der Hpl.-Aufstellung 2019ff. entsprechend der Inanspruchnahme der OGS-Plätze im Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen berücksichtigt.

In Fortführung des Ratsbeschlusses vom 18.05.2017 wird die seit dem 01.08.2016 bestehende schuljährliche dreiprozentige Dynamisierung der Landesförderung sowie der in gleicher Weise sukzessiv steigende Pflichtanteil der Kommune dauerhaft als tatsächliche Erhöhung der Betriebsmittel zur Qualitätssicherung an die Träger ausgezahlt und durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel finanziert. Es erfolgt keine entsprechende Reduzierung des freiwilligen städtischen Anteils an den Fördersätzen.
5. Die Finanzierung der Kosten für ergänzende Einrichtungsgegenstände sowie Beschäftigungsmaterialien wird über veranschlagte Mittel aus dem Teilfinanzplan 0301 – Schulträgeraufgaben, Zeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen realisiert.
6. Der Rat beauftragt die Verwaltung, jährlich eine Bedarfsanalyse durchzuführen und den Fachausschüssen das Ergebnis bekanntzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.9 Wirtschaftsplan 2018 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 0559/2018

Beschluss:

Der Rat stellt gem. § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2018 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest (Anlage 1).

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan 2018 erforderlich ist, wird auf 270,60 Mio. Euro festgesetzt. Die Be-

etriebsleitung wird ferner zum Abschluss von Verpflichtungen für investive Maßnahmen in Höhe von 30,5 Mio. Euro ermächtigt, die in künftigen Jahren zu Ausgaben führen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden darf, wird für das Wirtschaftsjahr 2018 auf 50,0 Mio. Euro festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.10 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018 hier: Netzwerktreffen für Schwarze Menschen und People of Color und Informationsabend mit der Initiative „In Gedenken an Oury Jalloh“
0582/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dem Antragsteller ‚Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.‘

- einen Beitrag in Höhe von 2.100 €
 - für ein Netzwerktreffen für Schwarze Menschen und People of Color sowie
 - eine Veranstaltung in Kooperation mit der Initiative „In Gedenken an Oury Jalloh“

zu vergeben.

Finanzmittel stehen im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, „Antirassismustraining“ unter Zeile 15, Transferaufwendungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

**10.11 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018, hier: Abschlussveranstaltung zum Wettbewerb an Kölner Schulen und Jugendeinrichtungen „Dissen - mit mir nicht - Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung“
0946/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dem Antragsteller „Antidiskriminierungsbüro des Caritasverbandes für die Stadt Köln e.V.“ einen Beitrag in Höhe von 2.000 € für die Durchführung einer Veranstaltung zur Präsentation und Prämierung von Beiträgen zum Wettbewerb an Kölner Schulen und Jugendeinrichtungen „Dissen - mit mir nicht - Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung“ zu vergeben.

Finanzmittel stehen im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, „Antirassismus-Training“ unter Zeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.12 Beschluss über die Planung und Durchführung der Maßnahme "Umbau von zwei öffentlichen Platzflächen zu multifunktionalen Freiräumen mit Retentionsfunktion (Festwiese Eil und Leidenhausener Platz)" in Köln-Porz-Eil aus dem Programm "Starke Veedel – Starkes Köln" (Sozialraum Porz-Ost, Finkenbergr, Gremberghoven und Eil) in Kooperation mit den Stadtentwässerungsbetrieben
hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Beauftragung der externen Planungsleistungen inkl. Umsetzung eines Workshops
0692/2018**

Beschluss:

Der Rat

1. stellt den Bedarf für die Durchführung der Maßnahme "Umbau von zwei öffentlichen Platzflächen zu multifunktionalen Freiräumen mit Retentionsfunktion (Festwiese Eil und Leidenhausener Platz)" in Köln-Porz-Eil fest. Die Kosten für das Verfahren werden auf etwa 131.000 € netto (ca. 149.000 € brutto, Planungskosten ohne Ausbaurkosten) geschätzt;
2. beschließt die Umsetzung der Maßnahme "Umbau von zwei öffentlichen Platzflächen zu multifunktionalen Freiräumen mit Retentionsfunktion (Festwiese Eil, Leidenhausener Platz)" in Köln-Porz-Eil (Sozialraum Porz-Ost, Finkenbergr, Gremberghoven und Eil);
3. beschließt, die Erarbeitung der Leistungsphasen 1 bis 3 (Antragsgrundlage), der Leistungsphasen 5 bis 6 sowie nach Bewilligung die Phasen 7, 8 und 9 an ein interdisziplinär besetztes Planungsteam, bestehend aus Fachplanerinnen und Fachplanern der Bereiche Freiraumplanung und Tiefbauingenieurwesen, zu vergeben;
4. beschließt, zur Einbindung der Öffentlichkeit in den Planungsprozess die Durchführung eines öffentlichen Workshops;
5. beschließt zur Finanzierung der Planungskosten in Höhe von 149.000 € brutto die außerplanmäßige Bereitstellung von Finanzmitteln gemäß § 83 Abs. 2 GO NW auf der neu einzurichtenden Finanzstelle 1502-0902-7-1011, Starke Veedel, Freiräume mit Retentionsfunktion Porz, im Haushaltsjahr 2018. Die Deckung erfolgt aus dem Teilfinanzplan 0902 Stadtentwicklung, Finanzstelle 1502-0902-0-1200, Städtebauförderung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.13 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Jahresabschluss 2017; Ergebnisverwendung Wirtschaftsjahr 2017
0949/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Beschluss des Verwaltungsrates der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) zur Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2017 zu.

Weiterhin stimmt der Rat der Stadt Köln dem Beschluss des Verwaltungsrates der StEB zur Ergebnisverwendung zu:

Gewinnausschüttung für das Wirtschaftsjahr 2017

Jahresüberschuss 2017	21.605.346,77 Euro
Entnahme aus der Kapitalrücklage	1.468.858,17 Euro
Bilanzgewinn	23.074.204,94 Euro
Zurückführung zur Gewinnrücklage	- 2.515.345,00 Euro
davon ausschüttungsgesperrter Unterschiedsbetrag	2.515.345,00 Euro
Gewinnausschüttung in Höhe von	<u>20.558.859,94 Euro</u>

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.14 Ausgleichsprogramm zur Erstattung gezahlter Geldbeträge wegen Tempoüberschreitungen auf der BAB 3, hier: Konzept zur Verwendung der nicht in Anspruch genommenen Mittel 0913/2018

Beschluss:

1. Der Rat stimmt dem Konzept zur Verwendung der nicht in Anspruch genommenen Mittel aus dem Ausgleichsprogramm zur Erstattung gezahlter Geldbeträge wegen Tempoüberschreitungen auf der BAB 3 in Höhe von insgesamt 10.360.000 € (4.160.000 € in 2018; 3.060.000 € in 2019 und 3.140.000 € in 2020) für Projekte aus dem Bereich Verkehrssicherheit und Verbesserung für den Fahrradverkehr zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Projekte.
2. Gleichzeitig beschließt der Rat zur Realisierung der Projekte gemäß § 83 GO NW im Haushaltsjahr 2018 im Teilergebnisplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen bei Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) in Höhe von 4.095.000 €, bei Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) in Höhe von 40.000 € sowie bei Teilplanzeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen) in Höhe von 25.000 €.

Die vorläufige Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20 (Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen).
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass sich durch die zusätzliche Bereitstellung der konsumtiven Finanzmittel der Haushaltsfehlbetrag in den Jahren 2019 um

3.060.000 € und 2020 um 3.140.000 € erhöht. Hieraus ergeben sich weitere Konsolidierungserfordernisse.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß bei Stimmenthaltung der Gruppe BUNT **zugestimmt**.

- 11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes**
- 12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen**
- 13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlini-
enplänen**
- 14 Erlass von Veränderungssperren**
- 15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen**

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

- 16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen**
- 16.1 264. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt
Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8
Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0771/2018**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer IV – Seite 4).

- 17 Wahlen**
- 17.1 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Ge-
sundheitskonferenz Köln
0682/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

Herrn Michael Müller für die Selbsthilfegruppen
(bisher Frau Agi Berger),

Herrn Jürgen Engels für die Gesetzliche Krankenversicherung
(bisher Herr Michael Wenninghoff) und

Herrn Prof. Dr. Jürgen Innenmoser für den Stadtsportbund
(bisher Herr Klaus Hoffmann)

zu **Mitgliedern** der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen

sowie

Herrn Stefan Lamertz für den Stadtsportbund
(bisher Herr Rolf Kilzer),

zum **stellvertretenden Mitglied** der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen.

Die Bestellung der genannten bisherigen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

17.2 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK): Entsendung eines Aufsichtsratsmitglieds 3730/2017

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (vergleiche Ziffer IV – Seite 4).

17.3 Antrag der Gruppe BUNT betr. "Umbesetzung von Ausschüssen" AN/0661/2018

Das Ratsmitglied Lisa Hanna Gerlach wechselt zum 03.05.2018 in den Ausschuss für Umwelt und Grün.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. "Nachbesetzung Zweckverbandsversammlung Sparkasse KölnBonn"
AN/0698/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt gemäß § 15 Abs. 2 und 3 GkG

- a. anstelle von Frau Ursula Gärtner
Herrn **Christoph Klausing** zum Mitglied in die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn.
- b. anstelle von Herrn Christoph Klausing
Herrn **Stefan Götz** zum Stellvertreter in die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn.
- c. anstelle von Herrn Dirk Michel
Herrn **Martin Erkelenz** zum Stellvertreter in die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

Anmerkung:

Mündliche Änderung des Ursprungsantrages durch Herrn Kienitz (unter c):
Vorschlag Herr Martin Erkelenz statt Herr Stefan Pohl.

**17.5 Antrag der SPD-Fraktion betr. "Neubesetzung von Gremien"
AN/0711/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Neubesetzung folgender Gremien:

1. Zweckverband Erholungsgebiet Stöckheimer Hof, Versammlungsversammlung:
Wahl von Herrn **Rafael Struwe** zum stimmberechtigten Vertreter anstelle von Frau Polina Frebel.
2. Zweckverband „Naturpark Bergisches Land“, Versammlungsversammlung:
Wahl von Herrn **Rafael Struwe** zum stimmberechtigten Vertreter anstelle von Frau Polina Frebel.
3. Ältestenrat:
Wahl von Herrn **Peter Kron** zum persönlichen Vertreter von Herrn Martin Börschel (anstelle von Frau Susana dos Santos Herrmann).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.6 Antrag der CDU -Fraktion betr. "Nachwahl Bauausschuss/Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft"
AN/0710/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt anstelle des sachkundigen Einwohners Herrn Efan Kara
Herrn **Andreas Bischoff**

als Mitglied mit beratender Stimme in den Bauausschuss sowie den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**18.1 KOMM-AN
0533/2018**

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den städtischen Förderantrag zur Fortsetzung des Programmes des Landes NRW „KOMM-AN NRW - Programm zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Kommunen“ fristgerecht und künftig laufend für die mögliche Förderhöchstdauer, derzeit bis Ende 2022, zu stellen.
2. Zur Finanzierung des Antrages für das Programm „KOMM-AN NRW - Programm zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Kommunen“ wird ein zahlungswirksamer Mehraufwand im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, bei Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 20.000 € sowie bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen zunächst für die Haushaltsjahre 2018 - 2022 von insgesamt auf Antrag zu erwartenden 387.972 € jährlich eingestellt. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge in gleicher Höhe im Haushaltsjahr 2018 ff im gleichen Teilergebnisplan, bei Teilplanzeile 02 - Zuwendungen und allgemeine Umlagen, durch die Zuwendungen des Landes.
Sollte die bisherige und für 2018 zugesagte Höchst-Fördermittelhöhe von 387.972 € in den Jahren ab 2019 geringer ausfallen, werden Fach- und Finanzausschuss über eine Mitteilung informiert und es wird ggf. ein neuer Ratsbeschluss eingeholt.
3. Zur Durchführung des Programmes (vorbehaltlich der entsprechenden Förderung) für die Laufzeit des Programms sowie für die nachrangige Abwicklung

des Programmes (längstens bis 31.12.2023) beschließt der Rat die weitere Verlängerung von 2,0 befristeten Planstellen in der Bewertung S 17 TVöD-SuE zur Erledigung von sowohl (sozial) pädagogischen Aufgaben als auch von Aufgaben der allgemeinen Verwaltung.

4. Ab 2019 entsteht ein Fehlbetrag durch ungedeckte Personalkosten in Höhe 66.668 €, ab 2020 ff. in Höhe von 66.668 € zuzüglich entsprechender Anpassungen, der den städtischen Gesamthaushalt belastet und das Haushaltsdefizit weiter verschlechtert.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

19 -

gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

gez. Maria Lange
Schriftführung